



Konsultation Lehrplan 21 im Kanton Zürich (2013)

Zusammenfassung der Konsultationsantworten

Rücklauf

44 von 53 zur Konsultation eingeladenen Organisationen haben eine Stellungnahme abgegeben (weitere Bemerkungen siehe 14. Rücklauf).

Inhaltsverzeichnis

1. Lehrplan 21 im Überblick	2
2. Einleitung Lehrplan 21	3
3. Überfachliche Kompetenzen.....	6
4. Fächerübergreifende Themen	6
5. Fachbereich Sprachen.....	10
6. Fachbereich Mathematik	12
7. Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG).....	13
8. Fachbereich Gestalten.....	19
9. Fachbereich Musik.....	20
10. Fachbereich Bewegung und Sport	22
11. Welche Rückmeldungen sind Ihrer Organisation besonders wichtig?	22
12. Haben Sie Anliegen im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Zürich?	23
13. Briefkasten Website VSA.....	24
14. Rücklauf	25



1. Lehrplan 21 im Überblick

Haben Sie allgemeine Bemerkungen zum Lehrplan 21?

Von beinahe allen Konsultationsteilnehmenden wird die Konsultationsfassung des Lehrplans positiv gewürdigt. Insbesondere begrüsst werden die Struktur des Lehrplans mit den Fachbereichen, die Kompetenzorientierung sowie das Konzept der Mindestansprüche und darüber hinausgehende Kompetenzstufen. Der Lehrplan wird grundsätzlich als zeitgemässer Auftrag der Gesellschaft an die Schule wahrgenommen. Mit der Auswahl und dem Aufbau der Kompetenzen in den Fachbereichen sowie den Einleitungs- und Begleittexten sind die Konsultationsteilnehmenden grossmehrheitlich einverstanden oder mit einzelnen Vorbehalten einverstanden.

Bedenken und Anliegen werden geäussert zu folgenden Bereichen:

- *Umfang, Komplexität, Nutzbarkeit:* Aus allen Adressatenkreisen mit Ausnahme der Glaubensgemeinschaften wird die Befürchtung laut, der Lehrplan sei für die praxisnahe Verwendung zu umfangreich und zu komplex. Lehrpersonen (LKV, Sek ZH), Schulleitungen (VSLZH), das Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich, die PH Zürich, die Parteien CVP, EDU, EVP und SVP und die Kommission Mittelschulen weisen auf die Gefahr hin, dass dadurch Lehrmittel zu geheimen Lehrplänen würden. Vorgeschlagen wird auch die Erstellung einer Kurzfassung des Lehrplans (PH Zürich).
- *Anspruch des Lehrplans:* Die Organisationen der Lehrpersonen und der Schulleitungen der Volksschule sowie die Hälfte der Parteien (CVP, EVP, GP, SVP und SP), der Gewerkschaftsbund Kanton Zürich und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt erachten die Lehrplanforderungen als zu hoch. Gefordert wird deshalb von der Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen eine generelle Überprüfung der Mindestansprüche.
- *Umgang mit Heterogenität, Integration und Partizipation:* Von verschiedenen Seiten wird bedauert, dass zu folgenden Bereichen ungenügend Hinweise gegeben würden: Umgang mit Heterogenität, sonderpädagogische Fragen, Anpassung von Lernzielen, Nutzung der Potentiale von Mehrsprachigkeit und Multikulturalität, Deutsch als Zweitsprache sowie Mitwirkung und Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern. Diese Ansicht vertreten u. a. Lehrpersonen (VPOD), die Städte Winterthur und Zürich, die Lehrpersonenausbildung (PH und HfH), die SP, der Gewerkschaftsbund und das Volksschulamt, letzteres mit Verweis auf eine Expertise der Universität Zürich zur Prüfung von Skalen für die entwicklungs- und curriculumsorientierte Erfassung des Lernstandes.
- *Leistungserfassung, Beurteilung, Zeugnisse, Selektion:* Organisationen der Lehrpersonen (VPOD), der Schulleitungen, der Eltern, der Städte Winterthur und Zürich, und der Lehrpersonenausbildung (PH Zürich, HfH) sowie die zwei politischen Parteien FDP und SP vertreten die Ansicht, dass einige grundlegenden Fragen (z. B. Wird Bildung durch Kompetenz ersetzt? Wie ist das Verhältnis von Kompetenz und Performanz? Erfolgt Kompetenzaufbau wirklich gemäss Rastern?) noch der Klärung bedürfen. Anschliessend brauche es geeignete Instrumente zur Kompetenzstandeserfassung. Auch die Darstellung des Kompetenzstandes im Zeugnis sowie damit verbundene Fragen der Selektion sind wichtige Anliegen.
- *Klärung der Übergänge, Harmonisierung:* Die Übergänge von einer Volksschulstufe zur nächsten sowie derjenige auf die Sekundarstufe II sind nach Meinung von Organisationen der Lehrpersonen (LKV, VPOD), der Schulleitungen, der Elternmitwirkung, der Kommission Mittelschulen, der GLP und der SP sowie vereinzelt weiteren Konsultationsteilnehmenden noch ungenügend geklärt. Unbefriedigend sei auch, dass in Sachen Fremdsprachen keine Harmonisierung möglich war. Ferner ist im Sinne der Harmonisierung eine Angabe der Bandbreite zur Stundendotation der Fächer und der fächerübergreifenden Themen erforderlich.



- *Fächer und Fachbereiche*: Musik und Gestalten soll umgearbeitet werden im Sinne von mehr praktizieren als reflektieren (Lehrpersonen: VPOD, Parteien: SP, Gewerkschaftsbund). Berufliche Orientierung soll stärker gewichtet werden und auch ICT und Medien soll klare Zeitgefässe zugewiesen erhalten (Schulleitungen, Gewerbeverband, Arbeitgeber-Organisationen, Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann und die Kommission Medien und ICT). Die Kommission Mittelschulen fordert, dass fächerübergreifende Themen generell klare Zeitgefässe zugeteilt erhalten und dass im 3. Zyklus ein Übergang von den Fachbereichen zu einzelnen Fächern mindestens vorbereitet wird.
- *Kompetenzorientierung*: Die Wissensbasis soll nicht geschwächt werden. Insbesondere in Deutsch „Literatur im Fokus“ und in NMG „Räume, Zeiten, Gesellschaften“ besteht diese Gefahr (u. a. Kommission Mittelschulen).
- *Gender*: Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann vermisst eine konsequente Berücksichtigung des Genderthemas und die Auseinandersetzung mit Geschlechter-Rollenbildern in allen Fachbereichen. Die SVP hingegen ist der Meinung, diese Themen hätten im Lehrplan nichts zu suchen.

2. Einleitung Lehrplan 21

2a) *Einleitung*: Sind Sie mit dem Kapitel *Bildungsziele* einverstanden?

13 Konsultationsteilnehmende beantworten die Frage mit ja, 21 äussern Vorbehalte, 1 (EDU) ist nicht einverstanden und 18 enthalten sich einer Stellungnahme.

Die Vorbehalte betreffen folgende Bereiche:

- Umgang mit Heterogenität, Chancengerechtigkeit: Der Lehrplan klärt ungenügend, wie mit Hochbegabung, Lernschwierigkeiten, Behinderungen oder Therapiebedarf von Schülerinnen und Schülern umgegangen werden soll. Präzisierungen in diesem Bereich wünschen insbesondere die Stadt Zürich, die PH und die HfH Zürich und die EVP. Unterstützt wird dieser Wunsch auch von der Kommission Forum Migration und Integration und vom Volksschulamt. Die letzteren beiden wünschen zusätzlich, dass unter „Orientierung der Volksschule“ auch Chancengleichheit als Wert aufgeführt wird.
- Fächer und Fachbereiche:
 - Zu ICT und Medien werden am meisten Kommentare angebracht. Die Kommission Medien und ICT wünscht eine Ausweitung in Richtung Informatik und Medienkritik, Lehrpersonen (LKV), Elternmitwirkung, die Stadt Zürich und die BDP allgemein eine stärkere Betonung von ICT und Medien, die Stadt Zürich möchte für dieses Thema ein eigenes Fach (siehe 4d).
 - Grund- und Menschenrechte, Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern: Präzisierende Detailaussagen werden unter „Orientierung der Volksschule“ im Sinne der Grund- und Menschenrechte angeregt (GP), im Kapitel „Schule als Gestaltungs-, Lern- und Lebensraum“ zusätzlich im Sinne der Mitverantwortung, Mitsprache und Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler. Beide Ergänzungs-Anliegen werden vorgebracht von Lehrpersonen (VPOD), der SP und dem Gewerkschaftsbund.
 - Berufliche Orientierung soll unter „Orientierung der Volksschule“ aufgenommen werden (Gewerbeverband, Arbeitgeber-Organisationen, Kommission Volksschule-Berufsbildung)



- Die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen wünscht eine höhere Gewichtung von Ausdauer, Sorgfalt und Zuverlässigkeit gegenüber von Selbstreflexion und Problemlösefähigkeit.
- Streichungen und Kürzungen: Die EDU wünscht eine Streichung des ganzen Kapitels und die SVP eine Reduktion, die sich ausschliesslich am Anliegen der Harmonisierung der Lehr- und Lernziele orientiert.

2b) Einleitung: Sind Sie mit dem Kapitel *Lern- und Unterrichtsverständnis* einverstanden?

13 Konsultationsteilnehmende beantworten die Frage mit ja, 18 äussern Vorbehalte, 2 (EDU und SVP) sind nicht einverstanden und 20 enthalten sich einer Stellungnahme.

Die Vorbehalte betreffen folgende Bereiche:

- Beurteilung und Selektion: Die PH Zürich bemängelt, dass sich zur Frage, welche Konsequenzen sich durch die Kompetenzorientierung für die summative und prognostische Beurteilung für Lehrpersonen ergeben, kaum Aussagen finden lassen. Mögliche Abstimmungsprobleme mit abnehmenden Institutionen blieben ausserdem unerwähnt. Dieser Stellungnahme schliessen sich mit leichten Nuancen die Lehrpersonen-Organisation VPOD, die Elternmitwirkungsorganisation, die Städte Winterthur und Zürich, die BDP, die SP und der Gewerkschaftsbund an. Das Volksschulamt schlägt vor, im Absatz „Beurteilung“ auch der Selbstbeurteilung von Schülerinnen und Schülern angemessen Platz einzuräumen.
- Üben, Wiederholen, Automatisieren und Vertiefen: Im Abschnitt „Lernziele und Kompetenzen“ ergänzen: „Dem Üben, Wiederholen, Automatisieren und Vertiefen ist besondere Beachtung zu schenken.“ (Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen, Arbeitgeber-Organisationen, Kommission Volksschule-Berufsbildung, Mittelschul- und Berufsbildungsamt)
- Kooperation von Schule, Eltern und Betreuung: Die Städte Winterthur und Zürich wünschen Aussagen zur Kooperation von Schule, Eltern und Betreuung.
- Rolle der Lehrperson: Unter „Lehrpersonen“ soll die Rolle der Lehrperson ausführlich dargestellt werden, so wie dies in Gestalten, Musik und in Berufliche Orientierung geschieht. In den einzelnen Fächern oder Fachbereichen ist dies dann nicht mehr nötig. Diese Ansicht teilen die beiden Lehrpersonenverbände (ZLV und VPOD).
- Belastung der Lehrpersonen durch Individualisierungs-Anspruch: Die Schulleiterkonferenz Mittelschulen, die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen, EVP und SVP befürchten, dass Klassengrössen, Leistungsheterogenität, Vielzahl der Kompetenzforderungen, zur Verfügung stehende Ressourcen und der Individualisierungsanspruch an die Lehrpersonen zu Überforderungen sowohl von Schülerinnen und Schülern wie auch von Lehrpersonen führen.
- Konzept Kompetenzorientierung: Die PH Zürich moniert, dass das Konzept Kompetenzorientierung (sprachlich) nicht stringent umgesetzt sei. Die Vermittlung von Kompetenzen stehe im Widerspruch zur konstruktivistischen Grundposition, wonach Kompetenzen nicht vermittelt, sondern nur gelernt und von Lernenden selbst aufgebaut werden können.
- Begriffsklärungen: Die HfH Zürich schlägt vor, dass die Begriffe Entwicklung, Lernen, Kompetenz und Bildungsstandard im Kapitel „Lern- und Unterrichtsverständnis“ geklärt werden.



- Didaktische Qualitätsmerkmale: Die HfH Zürich schlägt vor, dass unter „Didaktische Qualitätsmerkmale“ und „Schülerinnen und Schüler“ ergänzt wird: „Für die Lernmotivation entscheidend sind Wahlmöglichkeiten und Selbststeuerung; auch für junge Kinder und Lernende mit Lernschwierigkeiten“.
- Stilistische Bearbeitung: Das Volksschulamt schlägt vor, dass das Kapitel „Lern- und Unterrichtsverständnis“ von einer geeigneten Fachperson redigiert wird. Dies, weil es sich stilistisch von den anderen Lehrplanteilen unterscheidet und teilweise zu akademisch gehalten sei.
- Geeichte Tests: Das Volksschulamt weist darauf hin, dass im Abschnitt „Summative Beurteilung“ der Einsatz geeichter Tests vorgeschrieben werde. Da solche nicht für alle Fachbereiche und Stufen zu Verfügung stehen werden, soll der entsprechende Passus angepasst werden.

2c) Einleitung: Sind Sie mit dem Kapitel *Schwerpunkte des 1. Zyklus* einverstanden?

16 Konsultationsteilnehmende beantworten die Frage mit ja, 10 äussern Vorbehalte, 1 (SVP) ist nicht einverstanden und 26 enthalten sich einer Stellungnahme.

Die Vorbehalte betreffen folgende Bereiche:

- Stellenwert des Spiels: Lehrpersonen (ZLV und VPOD), Elternmitwirkungs-Organisation und die Schulleiterkonferenz Berufsfachschulen schlagen eine stärkere Betonung des Spiels als Weg zum Kompetenzerwerb, insbesondere auf der Kindergartenstufe, vor.
- Deutsch als Zweitsprache: In diesem Kapitel fehlt ein Hinweis auf den Umgang mit Schülerinnen und Schülern, welche nicht Deutsch als Erstsprache haben. Diese Ansicht des Lehrpersonenverbandes VPOD teilen die PH Zürich, die SP und der Gewerkschaftsbund.
- Entwicklungsorientierung und fachliche Orientierung: Die beiden Zugänge sind nicht stringent aufeinander bezogen. Entwicklungsorientierung bleibt über alle drei Zyklen und lebenslang ein wichtiger Zugang. (PH Zürich)
- Überfachliche Kompetenzen: Diese sollen nur im Kapitel 3 dargestellt werden, damit dort eine Übersicht über die drei Zyklen entsteht. (PH Zürich)
- Einbezug von „Medien“: Bei „Überfachliche Kompetenzen“ und bei „Sprache und Kommunikation“ fehlt der Einbezug von Medien (vgl. Lehrplan für die Kindergartenstufe des Kantons Zürich). (Kommission für Medien und ICT)
- Kindergarten von Volksschule trennen: Die SVP fordert, dass für den Kindergarten ein eigener Zyklus festgelegt wird und dieser von der Volksschule getrennt wird.

2d) Einleitung: Sind Sie mit dem Kapitel *Schwerpunkte des 2. und 3. Zyklus* einverstanden?

14 Konsultationsteilnehmende beantworten die Frage mit ja, 13 äussern Vorbehalte, 4 (PH Zürich, EVP, SVP, SP) sind nicht einverstanden und 22 enthalten sich einer Stellungnahme.

Die Vorbehalte betreffen insbesondere die Gewichtung dieses Kapitels im Vergleich zu demjenigen zum 1. Zyklus:



Die Schwerpunkte zum 2. und 3. Zyklus sind - insbesondere im Vergleich mit denjenigen des 1. Zyklus - zu kurz ausgefallen. Es fehlen insbesondere Aussagen zur Sekundarstufe und Vorbereitung auf Anschlusschulen. (Lehrpersonen: ZLV und VPOD, Städte Winterthur und Zürich, Lehrpersonenkonferenz Berufsfachschulen, PH Zürich, SP, Gewerkschaftsbund)

3. Überfachliche Kompetenzen

Überfachliche Kompetenzen: Sind Sie mit dem Kapitel Überfachliche Kompetenzen einverstanden?

14 Konsultationsteilnehmende beantworten die Frage mit ja, 18 äussern Vorbehalte, 3 (PH Zürich, EDU und Mittelschul- und Berufsbildungsamt) sind nicht einverstanden und 18 enthalten sich einer Stellungnahme.

Die Vorbehalte betreffen folgende Bereiche:

- Die Ansprüche bezüglich überfachlicher Kompetenzen sind unrealistisch hoch. (Lehrpersonen: LKV und SekZH, Schulleitungen, Stadt Winterthur, CVP, Arbeitgeber-Organisationen, Kommission Volksschule-Berufsbildung, Mittelschul- und Berufsbildungsamt). Die Aufzählung ist zu abschliessend (Stadt Zürich) und zu umfangreich (Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen).
- Überfachliche Kompetenzen sollen den Zyklen zugeteilt und in ihrem Aufbau dargestellt werden (Lehrpersonen: LKV, Grüne) sowie in den Fachbereichen verankert oder mit diesen verknüpft werden (PH Zürich).
- Grundlegende Kompetenzen für das Berufsleben (Pünktlichkeit, Höflichkeit, Anstand, Sorgfalt, Schnelligkeit, Innovation u.a.) sollen stärker gewichtet werden (Stadt Zürich, SVP, Arbeitgeber-Organisationen, Kommission Volksschule-Berufsbildung, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Amt für Jugend und Berufsberatung). Dazu soll eine neue Kategorie „Arbeitsverhalten“ geschaffen werden (EVP).
- Mit Kompetenzen wie „Gemeinschaft aktiv leben“, „sich aktiv in der Gesellschaft einbringen“ soll die Partizipation von Schülerinnen und Schülern gestärkt werden (Lehrpersonen: VPOD, SP, Gewerkschaftsbund)
- Die Schule soll sich weitgehend auf personale und methodische Kompetenzen im Hinblick auf das Berufsleben beschränken und weitere überfachliche Kompetenzen nur subsidiär zur Familie übernehmen (EDU, SVP).
- Unter „Umgang mit Vielfalt“ umformulieren (Forum Migration und Integration): „Verschiedenheit und Gemeinsamkeit wahrnehmen“ statt „Verschiedenheit akzeptieren“. Erster Punkt: „können Menschen in ihren Gemeinsamkeiten und Differenzen wahrnehmen und verstehen.“ Zweiter Punkt: „Kultur“ streichen.
- Überfachliche Kompetenzen sollen auch als Grundlage für die Arbeit in den schulischen Fachbereichen dargestellt werden (Volksschulamt).

4. Fächerübergreifende Themen

4a) Berufliche Orientierung: Sind Sie mit der Einleitung einverstanden?

Der Einleitung wird mehrheitlich zugestimmt.



Organisationen der Lehrpersonen (VPOD, Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen) schränken ein, dass die Planungsannahmen für die Erarbeitung des Themenlehrplans deutlich zu tief angesetzt wurden. Dieser Vorbehalt wird ebenfalls seitens des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes, des Amt für Jugend und Berufsberatung, des Volksschulamtes, der Kommission Volksschule-Berufsschule und der politischen Parteien EVP und SP angebracht. Von verschiedenen Teilnehmenden wird gefordert, dass die berufliche Orientierung als eigenständiges Fach bezeichnet wird (VPOD, Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen LKB, EVP, SP, Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen)

Mehrere Teilnehmende der Konsultation (Departement Schule und Sport Winterthur, Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich, PH Zürich, Amt für Jugend und Berufsberatung) vermissen eine klare Einbindung und Verantwortung des Elternhauses im Berufswahlprozess ihres Kindes. Demgegenüber äussert sich die Vereinigung der Zürcherischen Arbeitgeberorganisation dahingehend, dass die Lehrpersonen eine massgebliche Rolle zu übernehmen hätten.

4 von 5 Nein-Stimmen fallen auf politische Parteien: in den Kapiteln „Didaktische und strukturelle Hinweise“ werde viel Überflüssiges, Banales gesagt (EDU), die (zu geringe) Planungsannahme wird moniert (EVP, SP), die Hauptverantwortung für die Berufswahl liege bei den Eltern und der Wirtschaft und die Schule solle sich vermehrt auf die Kernfächer konzentrieren (SVP).

Verschiedene Konsultationsteilnehmende weisen auch in den nachstehenden Kapiteln darauf hin, dass der Titel falsch gewählt wurde. „Bildungs- und Berufswahl“ sei passender. Die Schulleitungen (VSLZH) schlagen „Berufswahl- und Laufbahnprozess“ vor, da „Berufliche Orientierung“ nur einen Teil des Berufswahlprozesses darstellt.

4b) *Berufliche Orientierung*: Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?

Die Teilnehmenden der Konsultation sind mit der Auswahl und dem Aufbau der Kompetenzen einverstanden, bzw. mit Vorbehalt einverstanden.

Für einzelne Organisationen sind die Kompetenzen zu wissenslastig, zu wenig handlungsorientiert, zu komplex formuliert oder sie sollen z. T. erst in den Berufsfachschulen im Zentrum stehen (mit unterschiedlichen Gewichtungen: Lehrpersonenkonferenz Berufsfachschulen, Elternorganisationen, Volksschulamt).

4c) *Berufliche Orientierung*: Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?

Für die Hälfte der Stellungnehmenden sind die Mindestansprüche allgemein zu hoch (1) oder in einzelnen Kompetenzen zu hoch (12), für die restlichen (13) sind sie angemessen.

Für die Lehrpersonen Organisationen (LKZ, ZLV, VPOD, SekZH, LKB) sowie die Schulleitungen sind die Mindestansprüche in einzelnen Kompetenzen zu hoch. Die Kritik richtet sich hauptsächlich an den Kompetenzraster (zu umfassend und idealistisch), den zu tief geschätzten Zeitbedarf sowie, dass keine feste Gefässe (ein eigenes Fach) für das Thema geschaffen wird.

Arbeitgeber (kantonaler Gewerbeverband, Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen) beurteilen die Mindestansprüche als angemessen. Auch sie üben Kritik an dem dafür vorgesehenen zeitlichen Umfang, wünschen, dass dafür ein eigenes Fach geschaffen wird und dass die verantwortliche Lehrperson bezeichnet wird. Die Lehrpersonen sollen dafür speziell aus- oder weitergebildet werden.



Seitens des Volksschulamtes wird darauf hingewiesen, dass aus realistischer Sicht gewisse Kompetenzen erst im Erwachsenenalter ausgeprägt werden können und dies in der Einleitung auch erwähnt werden soll.

4d) ICT und Medien: Sind Sie mit der Einleitung einverstanden?

Grundsätzlich findet die Einleitung klare Zustimmung. Der Anteil von „ja, mit Vorbehalt“ ist aber sehr hoch. Insbesondere wird in dieser Sparte von den Lehrpersonenverbänden der Volks- und Berufsschulen (LKV/LKB), der Kantonalen Elternmitwirkungsorganisation (KEO), der PH Zürich, dem Kantonalen Gewerbeverband und der Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen ein eigenständiges Fach oder verbindliche Module zu ICT (Zyklen 2 und 3) gefordert. Die Kantonalen Elternmitwirkungsorganisation (KEO), die Lehrpersonenkonferenzen der Berufsfach- und Mittelschulen (LKB/LKM), die EDU, die Kommission für Medien und ICT, das Amt für Jugend und Berufsberatung, das Volksschulamt, die Kommission Mittelschulen und der Lehrmittelverlag begründen ihren Vorbehalt damit, dass die Informatik „zu kurz“ komme. Zahlreich sind ausserdem die Anmerkungen, dass in diesem schnell ändernden Themengebiet ein Glossar im Lehrplan überflüssig und wenig hilfreich ist. Vertreten wird dies durch die Lehrpersonenverbände ZLV, VPOD, SekZH, durch das Departement Schule und Sport Winterthur, die Grünen und den Gewerkschaftsbund (GBZ).

Die Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Berufsfachschulen (KRB) und die PH Zürich monieren, dass eine kritische Haltung gegenüber dem Einsatz technologischer Medien/Lernen über Medien fehlt.

Klar befürwortet wird die Einleitung durch: Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLZH), Verband Zürcher Privatschulen (VZP), Kantonale Elternmitwirkungsorganisation (KEO), Verband Zürcher Schulpräsidien (VZS), BDP, CVP, Grüne, SP.

Nein sagen: Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen und der Mittelschulen (LKV, LKM), EDU, Kantonaler Gewerbeverband (KGV), Lehrmittelverlag (LMVZH).

Weiterer Hinweis: Barrierefreiheit und ICT-Medien, welche diese ermöglichen, sind besonders zu berücksichtigen (Hochschule für Heilpädagogik HfH).

4e) ICT und Medien: Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?

Zu dieser Frage halten sich „ja“ (4) und „nein“ (6) auf tiefem Niveau die Waage. Der weitaus grösste Teil antwortet mit „ja, mit Vorbehalt“. Die Lehrpersonenkonferenzen der Volks-, der Berufsfach- und der Mittelschulen (LKV, LKB, LKM), die Kommission für Medien und ICT, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt vertreten die Meinung, dass die Kompetenzen bezüglich Informatik, ICT und Medien genauer differenziert und überarbeitet werden müssen

Den beschriebenen Kompetenzen wird im Grundsatz zugestimmt. Allerdings vertreten die Lehrverbände ZLV, VPOD und SekZH, der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLZH), die Kantonale Elternmitwirkungsorganisation KEO, die Parteien CVP, EVP SP sowie der Gewerkschaftsbund die Meinung, dass diese nur erreicht werden können, wenn „ICT und Medien“ eigene Zeitgefässe erhalten. Falls dies nicht der Fall ist, werden zahlreiche Kompetenzen als zu hoch eingestuft.

Klar befürwortet wird die Auswahl der Kompetenzen und deren Aufbau durch: Verband Zürcher Privatschulen VZP, Kantonale Elternmitwirkungsorganisation KEO, Schulleiterkonferenz Berufsfachschulen (KRB), BDP



Nein sagen: Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), die Organisationen der Lehrpersonen VPOD, Sek ZH, Winterthur (DSS), PH Zürich, CVP

Weitere Hinweise:

- Vermischung technischer und medienpädagogischer Ziele (Städte Winterthur und Zürich)
- Medienbildung allgemein (PH Zürich), Gefahren (EDU) und Datenschutz (Grüne) werden zu wenig gewichtet.

4f) *ICT und Medien: Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?*

Grundsätzlich werden die Mindestansprüche als angemessen wahrgenommen. Allerdings bringen die Lehrpersonenverbände, die Kantonale Elternmitwirkungsorganisation (KEO), die Städte Zürich und Winterthur, die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM), CVP, SP, die Kommission Medien und ICT, die Kommission Mittelschulen und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) den Vorbehalt an, dass diese nur unter der Voraussetzung eigener Zeitgefässe für „ICT und Medien“ angemessen sind.

Als angemessen bezeichnen die Mindestansprüche: Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLZH), Verband Zürcher Privatschulen (VZP), Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen und der Mittelschulen (LKB, LKM), interkantonale Hochschule für Heilpädagogik (HfH), BDP, EDU, Kommission Medien und ICT, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Volksschulamt.

Allgemein zu hoch sagen: EVP, SVP

Allgemein zu tief: keine Rückmeldung

4g) *Fächerübergreifende Themen unter der Leitidee Nachhaltiger Entwicklung: Sind Sie mit dem Kapitel Fächerübergreifende Themen unter der Leitidee Nachhaltiger Entwicklung einverstanden?*

Der Grossteil der Konsultationspartner begrüsst das Kapitel (12 Ja, 14 Ja mit Vorbehalt). Kontrovers wird es einzig unter den Parteien diskutiert. Befürworter sind die Lehrpersonen und Schulleitungen.

Die Lehrerkonferenz der Volksschulen (LKV) gibt zu bedenken, dass keine Lösungen diktiert oder vorgeschrieben werden dürfen. Auch die Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO) weist auf das Gebot einer neutralen Wissensvermittlung hin.

VPOD und SP beantragen, dass für die überfachlichen Themen der nachhaltigen Entwicklung in Abstimmung mit den Fachlehrplänen ein Zeitgefäss für interdisziplinäre Projekte im Umfang von 30 Lektionen pro Schuljahr in die Planungsannahmen integriert wird.

Das SSD der Stadt Zürich vermerkt, dass es zu Diskussionen führen wird, was Sache des Elternhauses und was Sache der Volksschule ist. Von den Parteien lehnen die EDU, die EVP und die SVP das Kapitel ab. Die EDU findet, dass suggeriert wird, wir könnten entscheiden, ob wir eine nachhaltige Entwicklung wollen oder nicht. Die EVP verweist darauf, dass es nicht zum Koordinationsauftrag eines gemeinsamen Lehrplanes gehöre, die teils heftig umstrittenen gesellschaftspolitischen Anliegen (Gender, Sexualkunde, ökologisches Verhalten u.a.) für verbindlich zu erklären. Dieses Argument wird auch von der SVP unterstützt. Die SP stimmt mit dem Vorbehalt zu, dass sie sich fragt, wie die konkrete fächerübergreifende Fragestellung der nachhaltigen Entwicklung gewährleistet werden kann, da sie im direkten Widerspruch zum Prinzip der Fachlehrpersonen steht,



was insbesondere auf der Sekundarstufe eine grosse Herausforderung darstellt. Die anderen Parteien stimmen zu oder enthalten sich (GLP, SD).

5. Fachbereich Sprachen

5a) *Sprachen*: Sind Sie mit der Einleitung einverstanden?

Elf Teilnehmende erklären ihr Einverständnis mit der Einleitung, 15 melden Vorbehalte an. In vier Antworten wird die Einleitung abgelehnt.

Die Städte Winterthur und Zürich, die EVP, die SVP, die PH Zürich und die EDU wollen, dass die Einleitung gestraft wird.

Die Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), die EDU, die Kommission „Forum Migration und Integration“ und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt sind der Meinung, dass die Hauptpriorität im Fachbereich Sprachen verstärkt auf die deutsche Sprache gelegt werden soll. Dies soll unter Umständen zu Ungunsten der Fremdsprachen geschehen. Eine künftige Stärkung des schriftlichen Bereiches in allen Sprachen ist insbesondere der Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM), dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt sowie der Kommission Mittelschulen ein Anliegen.

Der VPOD, die Stadt Zürich, die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB) und der Mittelschulen (LKM), die HfH Zürich, die SP, die Kommission „Forum Migration und Integration“, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt und das Volksschulamt begrüßen es, dass DaZ neu in den Lehrplan integriert wird. Mehrheitlich wird eine vertiefte Darstellung des DaZ im Lehrplan gefordert. Von einzelnen Gruppierungen wird diese Stärkung auch für die HSK-Kurse verlangt.

Von der Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), dem Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), dem VPOD und der SP wird die erste Fremdsprache ab der 3. Klasse verlangt.

5b) *Deutsch*: Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?

Mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau sind 12 Teilnehmende einverstanden (Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), Sekundarlehrkräfte Sek ZH, Kantonale Elternmitwirkungsorganisation KEO, Stadt Winterthur, PH Zürich, BDP, CVP, EVP, FDP, Grüne, Kommission Volksschule-Berufsbildung, Lehrmittelverlag).

14 stimmen mit Vorbehalten zu: Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), VPOD, Verband Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLZH), Zürcher Schulheime, Stadt Zürich, Lehrpersonenkonferenzen der Berufs- und Mittelschulen (LKB/LKM), Schulleiterkonferenz Berufsfachschulen (KRB), HfH, SVP, SP, Fachstelle für Gleichstellung, Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Volksschulamt. 5 erachten den Umfang als zu gross (Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), VPOD, Kommission Mittelschulen, EDU und SP).

Die Kommission Mittelschulen moniert zusätzlich eine daraus entstehende inhaltliche Unverbindlichkeit.

Das Beherrschen, Können und Wissen muss gemäss der Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), der EDU und der SVP gegenüber der Diskussion und Reflektion mehr gewichtet werden.

2 Teilnehmende lehnen ab (Schulleiterkonferenz der Mittelschulen, EDU) und 12 nehmen nicht Stellung.



5c) Deutsch: Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?

16 Teilnehmende erachten die Mindestansprüche zu hoch oder teilweise zu hoch, 7 der Befragten erachten die Mindestansprüche als angemessen, rund ein Drittel der Befragten nimmt dazu keine Stellung.

Die Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), der VPOD, SekZH, PH Zürich, die Parteien CVP, EVP, SVP, und SP sowie die Kommission Volksschule-Berufsbildung erachten es als unrealistisch, dass alle Schülerinnen und Schüler die geforderten Mindestansprüche erfüllen können.

Vom Verband SekZH, von der PH Zürich, von der Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), sowie von CVP, EVP und SVP werden zusätzliche Ressourcen in Deutsch (höhere Lektionendotation, kleinere Klassen und/oder zusätzliche Unterstützung der Lehrpersonen) gefordert.

Die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM), die Kommission Volksschule-Berufsbildung und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt kritisieren, dass zu viele Kompetenzen im Deutschunterricht Reflektion beinhalten und es zu wenig Beachtung findet, dass Kenntnisse und Wissen sich über Üben bilden.

Erhöhte formale Sprachfähigkeiten in nahezu allen Bereichen der deutschen Sprache fordern die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM), die Kommission Volksschule-Berufsbildung und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt.

5d) Französisch und Englisch (1. und 2. Fremdsprache): Sind Sie einverstanden, wie die heute gültigen Fremdsprachenlehrpläne der Ostschweizer und der Zentralschweizer Kantone sowie der am Passepartout-Projekt beteiligten Kantone in den Lehrplan 21 übernommen worden sind?

Die Mehrheit der Teilnehmenden der Konsultation ist damit einverstanden, wie die heute gültigen Fremdsprachenlehrpläne in den Lehrplan 21 übernommen worden sind (9 ja, 13 ja mit Vorbehalt).

Lediglich EDU, EVP und SVP lehnen die Fremdsprachenlehrpläne ab.

Ein Teil der Lehrpersonenverbände (Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband, VPOD, Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen), das Mittelschul- und Berufsbildungsamt sowie die SP bezweifeln, dass bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit in beiden Fremdsprachen dieselben Kompetenzen erreicht werden können. Für einen weiteren Teil der Lehrpersonenverbände (Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen und SekZH), für den Verband der Schulleitenden (VSLZH) und die SP sind die Mindestansprüche in gewissen Bereichen zu hoch. Die Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), SekZH und CVP wünschen zudem, dass schwache Schülerinnen und Schüler eine Fremdsprache abwählen können. EDU und EVP fordern den Verzicht auf eine obligatorische zweite Fremdsprache.

Die HfH Zürich plädiert für die Definition von Kompetenzen, welche auch mit Schülerinnen und Schülern mit erheblichen Problemen beim Erlernen von Fremdsprachen verfolgt werden können.

15 Konsultationspartner haben keine Stellungnahme abgegeben.



5e) *Italienisch (3. Fremdsprache): Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?*

Diese Frage ist insgesamt unbestritten (12 ja, 3 ja mit Vorbehalt), allerdings geben 24 Teilnehmende der Konsultation keine Stellungnahme ab. Vorbehalte kommen von Seiten der Parteien. EDU und SVP lehnen Auswahl und Aufbau der Kompetenzen ab mit der Begründung, diese seien unnötig kompliziert und der Lehrplan insgesamt zu sprachlastig. Für die SP ist die Kompetenz „korrekt abschreiben“ in der 9. Klasse fragwürdig.

5f) *Italienisch (3. Fremdsprache): Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?*

Für die überwiegende Mehrheit der Konsultationspartner, die eine Stellungnahme abgegeben haben, sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt (10). Einzig die Schulleiterkonferenz Berufsfachschulen empfindet die Mindestansprüche als in einzelnen Kompetenzen zu hoch. 30 Teilnehmende der Konsultation geben zu dieser Frage keine Stellungnahme ab.

6. Fachbereich Mathematik

6a) *Mathematik: Sind Sie mit der Einleitung einverstanden?*

Beinahe alle Konsultationsteilnehmende sind mit der Einleitung Mathematik einverstanden. Teile der Lehrpersonen (ZLV und VPOD) und das Schul- und Sportdepartement der Stadt Zürich stimmen mit dem Vorbehalt zu, dass didaktische Hinweise nicht in einen Lehrplan gehören. Die Parteien EDU und SVP vertreten die Ansicht, dass auf die „schwammig, philosophisch und kompliziert“ formulierten einleitenden Kapitel verzichtet werden kann. Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich schlägt vor, die Genderthematik explizit anzusprechen und den aktuellen Forschungsstand zu Gender in der Mathematik noch konsequenter einzuarbeiten.

6b) *Mathematik: Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?*

Eine deutliche Mehrheit begrüsst die vorgesehene Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau. Zustimmung mit Vorbehalt äusserten Teile der Lehrpersonen (ZLV und VPOD) und die SP. Sie betonen die Wichtigkeit, unterschiedliche Begrifflichkeiten (Masseinheiten/Grössen, Dezimalbrüche/Dezimalzahlen) zu vereinheitlichen. ZLV und VPOD finden, dass Grundoperationen mit dem Rechner, in einer Programmierumgebung Befehle zum Zeichnen von Formen eingeben, Tabellenkalkulation und Wahrscheinlichkeitsrechnung, erst im 3. Zyklus eingeführt werden sollten. Die PH Zürich stimmt nur mit Vorbehalt zu und äussert kritisch, dass es für Lehrpersonen kaum möglich sei, 34 Kompetenzen zu verfolgen. Zudem decke der Inhalt mehr als die postulierten 80% des Stoffes ab. Der Aufbau der Kompetenzstufen wirke zufällig. Die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB) stimmt ebenfalls nur mit Vorbehalt zu und gibt zu bedenken, dass Algorithmisches Vorgehen/Denken nicht erwähnt wird, dies jedoch eine wichtige Schnittstelle zur Informatik (ICT) wäre. Dieser Vorbehalt wird auch vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt unterstützt, das – zusammen mit der Schulleiterkonferenz der Mittelschulen – als Minderheit der Konsultationspartner Nein stimmt. Die Mittelschulen finden, die Kompetenzen seien sehr zahlreich. Die Quantität führe tendenziell zur Unübersichtlichkeit und unter Bedingungen knapper Zeit zu notwendigen Selektionen. Damit wiederum sei die Gefahr der Beliebigkeit bei der Auswahl verbunden. Zusätzlich verlangen sie eine gemeinsame Erarbeitung von Anschlussprogrammen mit der ZAP-Kommission.



6c) **Mathematik: Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?**

Knapp ein Drittel der Konsultationspartner nimmt keine Stellung, eine grössere Mehrheit erachtet die Mindestansprüche in einzelnen Kompetenzen als zu hoch: dazu gehören die Lehrpersonenverbände ZLV, VPOD, SekZH, der Verband Zürcher Privatschulen (VZP), Winterthur (DSS), die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), die Hochschule für Heilpädagogik (HfH), die Parteien CVP, EVP und SP sowie die Kommission Volksschule-Berufsbildung.

Die LKV findet die Mindestansprüche allgemein zu hoch. Die Anmerkungen verweisen auf zwei Punkte: Die einzelnen Kompetenzstufen sind überladen und in zu viele unterschiedliche Teil-Kompetenzstufen aufgeschlüsselt. Zu tief werden sie nur von der Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM) und dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt befunden. Die Anmerkungen verweisen auf zwei Punkte: Für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, die ins Gymnasium übertreten möchten, sind die Mindestansprüche zu tief. Es fehlen Mindestansprüche für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler, die den Übertritt ins Gymnasium beabsichtigen.

7. Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft (NMG)

7a) **NMG: Sind Sie mit der Einleitung einverstanden?**

Die Mehrheit der Konsultationsteilnehmenden sind mit der Einleitung einverstanden: die Lehrpersonenverbände (LKV, Sek ZH), Schulleitungen (VSLZH), die kantonale Elternmitwirkungsorganisation (KEO), die Zürcher Schulheime, der Verband der Zürcher Schulpräsidien (VZS), die Stadt Winterthur, die Lehrpersonen- sowie die Schulleiterkonferenz der Berufsfachschulen, die HfH Zürich, einzelne Parteien (BDP, BDP, CVP, FDP, Grüne, GLP), die evangelisch-reformierte Landeskirche, einzelne Ämter der Bildungsdirektion (Amt für Jugend und Berufsberatung, Volksschulamt) und der Lehrmittelverlag.

Einzelne Lehrpersonenverbände (ZLV, VPOD), die Stadt Zürich, die PH Zürich, einzelne Parteien (EVP, SP), die christkatholische Kirchgemeinde, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt sowie die Kontaktgruppe Religionen stimmen der Einleitung nur mit Vorbehalt zu.

Bemängelt wird von verschiedenen Seiten die Komplexität der Einleitung, welche als zu umfangreich und unübersichtlich erachtet wird. Es stellt sich zudem die Frage, ob ausführliche Hinweise allgemeindidaktischer Art zu Kompetenzbegriff, Lernwegen, Beurteilungsformen etc. in einem Lehrplan am richtigen Ort sind.

Nicht nachvollziehbar ist für die Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), die Kommission Mittelschulen und die SP der Verzicht auf die einzelnen Fächer und die Zusammenlegung der verschiedenen Fächer in Fächergruppen. Insbesondere im 3. Zyklus erscheint die Orientierung an Fachbereichen als wenig sinnvoll. Die SVP verlangt einen Lehrplan, der nach klar strukturierten Fächern aufgeteilt wird und unterstützt lediglich im 1. Zyklus einen übergreifenden Fachbereich NMG.

Religion und Kultur sollte als Schulfach erhalten und weiterentwickelt und allenfalls um den Anteil Philosophieren/Ethik ergänzt werden, bemerken die PH Zürich und die Kontaktgruppe Religionen. Mit der Einleitung nicht einverstanden erklären sich die EDU, die Schulleiterkonferenz der Mittelschulen sowie die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann.

Die EDU weist darauf hin, dass die Verantwortung der Eltern für sittliche und religiöse Erziehung ihrer Kinder zu respektieren ist (keine Vermittlung von Gender-, Sex-Ideologien).

Die christkatholische Kirchgemeinde und die Kontaktgruppe Religionen wünschen, dass die "sozialen, kulturellen und natürlichen Situationen und Phänomenen" mit "religiöse Phänomene" ergänzt werden.



7b) NMG (1. und 2. Zyklus): Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?

Während 20 Konsultationsteilnehmende auf eine Stellungnahme verzichten, zeichnet sich bei den Übrigen eine zustimmende Tendenz ab.

Zustimmend äussern sich einzelne Lehrpersonenverbände (LKV, SekZH), die Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), die Stadt Zürich, die Schulleiterkonferenz der Berufsfachschulen, ein Teil der Parteien (BDP, CVP, FDP, Grüne), die christkatholische Kirchgemeinde sowie das Amt für Jugend und Berufsberatung.

16 Adressaten geben ihre Zustimmung nur mit Vorbehalt. Darunter fallen die übrigen Lehrpersonenverbände (ZLV, VPOD), die Schulleitungen, die Zürcher Schulheime, die Stadt Winterthur, die PH Zürich, die HfH Zürich, einzelne Parteien (EVP, SP), die evangelisch-reformierte Landeskirche, der Gewerkschaftsbund, die Fachstelle für Gleichstellung für Mann und Frau, die Kommission Forum Migration und Integration sowie das Volksschulamt, der Lehrmittelverlag und die Kontaktgruppe Religionen.

Breit moniert wird die Fülle an Kompetenzen und Themenbereichen. Es wird befürchtet, dass damit kaum Zeit bleibt, Themen zu vertiefen.

Die Lehrpersonenverbände ZLV und VPOD weisen darauf hin, dass die Kompetenzen, welche im heutigen Religion und Kultur-Unterricht vermittelt werden, auch im LP 21 Platz finden müssen.

Die EVP, die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Katholische Kirche fordern im 1. und 2. Zyklus einen Schwerpunkt auf der Vermittlung der jüdisch-christlichen Tradition, wie dies im Fach Religion und Kultur der Fall ist.

Das Volksschulamt weist darauf hin, dass säkulare Weltanschauung noch stärker zu gewichten ist. Nicht einverstanden erklären sich die Schulleiterkonferenz der Mittelschulen, EDU und SVP.

7c) NMG (1. und 2. Zyklus): Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?

Rund die Hälfte der Konsultationsteilnehmenden hat keine Stellungnahme abgegeben.

Als angemessen beurteilt werden die Mindestansprüche von einem Teil der Lehrpersonenverbände (ZLV, VPOD), den Zürcher Schulheimen, den Städten Winterthur und Zürich, den Schulleiterkonferenz der Berufsfachschulen, der Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM), der HfH Zürich, den Grünen, der christkatholischen Kirchgemeinde, dem Gewerkschaftsbund, dem Volksschulamt, dem Lehrmittelverlag und der Kontaktgruppe Religionen. Mehrfach wird jedoch darauf hingewiesen, dass einzelne Mindestansprüche klar zu hoch, andere wiederum zu tief angesetzt sind.

Der Lehrpersonenverband SekZH, die kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB) und die Schulleiterkonferenz der Mittelschulen äussern sich kritisch und bemängeln insbesondere die Fülle der Kompetenzen.

Auch die Lehrpersonenkonferenz der Volksschule (LKV), der Verband zürcherischer Privatschulen und ein Teil der Parteien (CVP, EVP, SVP, SP) erachten die Mindestansprüche als teilweise zu hoch. Die Stofffülle und die zur Verfügung stehende Zeit lassen sich nicht vereinen und eine Überforderung der schwächeren Schülerinnen und Schüler wird befürchtet.

Die SVP merkt zudem an, dass im Bereich Geschichte und Geographie in einem ersten Schritt die lokalen Verhältnisse im Zentrum stehen müssen. Zudem seien auf Thematiken zu verzichten, die auf das persönliche Verhalten, Bereitschaften und Einstellungen einwirken.



Speziell im Bereich 9 (Zeit, Dauer und Wandel verstehen – Geschichte und Geschichten unterscheiden) sind die Mindestansprüche zu tief, monieren einzelne Lehrpersonenverbände (ZLV, VPOD), die SP und der Gewerkschaftsbund.

7d) *Natur und Technik (3. Zyklus): Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?*

Etwa die Hälfte der Adressaten verzichtet auf eine Stellungnahme.

Eindeutige Zustimmung äussern die Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), die Zürcher Schulheime, die Städte Winterthur und Zürich, die Lehrpersonen- und Schulleiterkonferenz der Berufsfachschulen, einzelne Parteien (BDP, FDP, Grüne), das Volksschulamt und der Lehrmittelverlag.

Mit Vorbehalt stimmen der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau zu: Die Mehrheit der Lehrpersonenverbände (LKV, ZLV, VPOD), der Verband zürcherischer Privatschulen, die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM) die PH Zürich, die SP, der Gewerkschaftsbund und die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann. Kritisiert werden der Umfang der Kompetenzen und deren anspruchsvolle, teilweise sehr detaillierte Formulierung. Die vielen Kompetenzen führen dazu, dass die Übersicht über die relevanten Kompetenzen unklar wird.

Die umfangreiche Auswahl an Kompetenzen sowie das fehlende Zeitgefäss zu deren Erarbeitung monieren auch SekZH, die Schulleiterkonferenz der Mittelschulen, verschiedene Parteien (CVP, EDU, EVP, SVP), das Mittelschul- und Berufsbildungsamt und die Kommission Mittelschulen.

Zu hohe und zu viele Bildungsziele führen zu einer grossen Beliebigkeit. Die EVP verlangt deshalb Wahlmöglichkeiten mit Schwerpunktbildungen beim naturwissenschaftlichen Bildungsangebot, damit die wenig kreative Steuerung durch den Lehrplan korrigiert werden kann.

7e) *Natur und Technik (3. Zyklus): Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?*

Mehr als die Hälfte der Konsultationsteilnehmenden enthalten sich einer Stellungnahme.

Die Mindestansprüche für angemessen halten die kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), die Zürcher Schulheime, die Städte Winterthur und Zürich, die Schulleiterkonferenz der Berufsfachschulen, die HfH Zürich, einzelne Parteien (BDP, Grüne), das Volksschulamt und der Lehrmittelverlag.

Alle Lehrpersonenverbände, die Schulleitungen (VSLZH), die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), die Schulleiterkonferenz der Mittelschulen, die EVP, der Gewerkschaftsbund und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt beurteilen die Mindestansprüche als klar zu hoch gesetzt. Die Auswahl der Kompetenzen, deren Aufbau und die Mindestansprüche sind umfassend sowie sehr anspruchsvoll formuliert. Im Vergleich zum heutigen Stand ist die vorgesehene Zielsetzung nicht realistisch bzw. nicht umsetzbar. Wenn das umfangreiche naturwissenschaftliche Bildungsprogramm nicht auf Klassen bezogen oder individuell reduziert wird, fehlt die Zeit, um wesentliche Grundkompetenzen bei schwächeren Schülern zu fördern und zu festigen.

Als teilweise zu hoch erachten die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM), CVP und SP die Mindestansprüche. Die Kompetenzansprüche sind im Bereich Natur und Technik insbesondere unter dem Blickwinkel der heutigen Stundendotation klar überladen, moniert die CVP.

Die SVP betrachtet die Mindestansprüche als teilweise zu tief angesetzt, äussert sich jedoch nicht weiter dazu.



7f) *Wirtschaft, Arbeit, Haushalt (3. Zyklus): Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?*

Die Mehrheit der Konsultationsteilnehmenden enthält sich einer Stellungnahme.

Zustimmung erhält die Auswahl der Kompetenzen und deren Aufbau von der kantonalen Eltermitwirkungs-Organisation (KEO), den Städten Winterthur und Zürich, der Schulleiterkonferenz der Berufsfachschulen, einzelnen Parteien (BDP, CVP, FDP) und dem Volksschulamt.

Teilweise Zustimmung geben einzelne Lehrpersonenverbände (ZLV, VPOD), die Schulleitungen (VSLZH), die Zürcher Schulheime, die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), die HfH Zürich, einzelne Parteien (EDU, Grüne, SP), der Gewerkschaftsbund, die Vereinigung zürcherischer Arbeitgeber-Organisationen, die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann sowie das Mittelschul- und Berufsbildungsamt.

Moniert werden die zu starke Ausrichtung auf theoretische Inhalte und die damit in Beziehung stehende fehlende praktische Arbeit und Erfahrung aus dem klassischen Haushaltsunterricht. Der Bereich wird als umfassend und anspruchsvoll wahrgenommen.

Abgelehnt wird die Auswahl der Kompetenzen und deren Aufbau von einem Teil der Lehrpersonenverbände (LKV, SekZH) sowie von EVP und SVP. In ihrer Kritik folgen sie den Befürchtungen, dass die praktische Arbeit (Kochen im Fach Hauswirtschaft) verschwindet und sie fordern, dass die Haushaltkunde vom Bereich Wirtschaft/Arbeit abgekoppelt und als eigenständiges Fach im Lehrplan aufgeführt wird.

7g) *Wirtschaft, Arbeit, Haushalt (3. Zyklus): Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?*

Die Mehrheit der Adressaten gibt keine Stellungnahme ab.

Die Meinung, dass die Mindestansprüche angemessen gesetzt sind, wird von der kantonalen Eltermitwirkungs-Organisation (KEO), den Zürcher Schulheimen, den Städten Winterthur und Zürich, der Schulleiterkonferenz der Berufsfachschulen, der HfH Zürich, zweier Parteien (CVP, Grüne) und dem Volksschulamt vertreten. Die CVP weist darauf hin, dass der praktische Teil zur Zielerreichung zwingend berücksichtigt werden muss.

Die Lehrpersonenverbände ZLV und VPOD sowie der Gewerkschaftsbund kritisieren, dass die Mindestansprüche zu hoch, zu umfassend und zu anspruchsvoll sind, und zu Ungunsten der praktischen Arbeit gehen. Im Hauswirtschaftsunterricht sollen praktische Fähigkeiten, Techniken und Kenntnisse vermittelt werden.

Diesem Ansinnen folgen auch die übrigen Lehrpersonenverbände (LKV, SekZH), die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), die beiden Parteien SVP und SP sowie das Mittelschul- und Berufsbildungsamt. Diese werten die Mindestansprüche jedoch nur teilweise als zu hoch. Die SVP betont zudem, dass die Hauswirtschaft als eigenständiges Fach geführt und die Bereiche Wirtschaft und Arbeit thematisch in der Geschichte und Geografie behandelt werden sollen.

Als teilweise zu tief gesetzt werden die Mindestansprüche von der Vereinigung zürcherischer Arbeitgeber-Organisationen beurteilt. Sie vertritt die Auffassung, dass der Finanzkompetenz ausreichend Rechnung getragen werden sollte, da finanzielle Fragen und Themen immer früher und immer mehr Raum im gesellschaftlichen Alltag einnehmen.



7h) Räume, Zeiten, Gesellschaften (3. Zyklus): Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?

Mit der Auswahl der Kompetenzen im 3. Zyklus von Räume, Zeiten, Gesellschaft sind ein Drittel der Befragten (16 Teilnehmende) nur unter Vorbehalt einverstanden. Acht Antwortende sind vorbehaltlos einverstanden.

Generell bemängelt wird von der Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), der Kantonalen Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), der EDU, der EVP, den SD, der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann, der Kommission „Forum Migration und Integration“ und dem Lehrmittelverlag Zürich, dass das historische Wissen zu kurz kommt. Dies einerseits durch zuwenige Kompetenzziele und andererseits durch die Formulierung der Kompetenzziele selbst.

Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), der VPOD, die Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), die Lehrpersonenkonferenzen der Berufsfachschule und der Mittelschulen (LKB, LKM), die EDU, die EVP, die SD, die Kommission „Forum Migration und Integration“, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt und der Lehrmittelverlag Zürich sind der Meinung, dass die Kompetenzauswahl, der Aufbau sowie die Mindestansprüche im 3. Zyklus zu umfassend, zu anspruchsvoll und zu schwierig formuliert sind.

Die Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), die Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich (SekZH), die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM), die BDP, die CVP, die EDU, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt und der Lehrmittelverlag Zürich verlangen ein Lehrmittel (sowie Themenvorgaben) über alle Zyklen, um Wiederholungen und Kollisionen zu vermeiden und eine bessere Themenverbindlichkeit zu erreichen.

Die ideologische Ausrichtung des Themenbereichs (zu prioritär ökologischen Werthaltungen verpflichtet) kritisieren die EDU, die EVP, die SD, die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Kommission „Forum Migration und Integration“.

7i) Räume, Zeiten, Gesellschaften (3. Zyklus): Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?

Über die Mindestansprüche hat sich knapp die Hälfte der Befragten geäußert.

Mehrheitlich vertreten die Teilnehmenden den Standpunkt, dass die Mindestansprüche allgemein zu hoch oder in einzelnen Kompetenzen zu hoch sind. Diese Meinung vertreten neben der Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV) auch die SekZH, die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM) sowie das Mittelschul- und Berufsbildungsamt. Trotz zu hoher Mindestansprüche im Allgemeinen wird der Bereich des historischen Wissens von der Kantonalen Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), von der EVP und der SVP als zu tief und zu zusammenhangslos wahrgenommen. Die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM) sowie das Mittelschul- und Berufsbildungsamt bemängeln ergänzend einen zu wenig verbindlichen Unterricht durch zu viele beliebige Ziele.

Die Auswahl und der Aufbau der Kompetenzen sowie die Mehrheit der Mindestansprüche im 3. Zyklus sind einerseits zu umfassend und andererseits zu anspruchsvoll, meinen der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), der VPOD, die SekZH, die Lehrpersonenkonferenz der Mittelschulen (LKM), die PH Zürich, das Mittelschul- und Berufsbildungsamt und der Lehrmittelverlag Zürich. Die aufgeführten Kompetenzen im Teilbereich Geschichte haben einen zu hohen intellektuellen Anspruch und werden für die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler nicht mehr einen emotionalen Bezug zu unserer Geschichte schaffen. Aus geschichtlichen Erzählungen lassen sich besser eine Reihe politischer und sozialer Kompetenzen entwickeln als mit einem



vergleichbaren Studium von Quellentexten und historischen Betrachtungen, monieren SekZH und in ähnlichem Sinn EVP und SVP.

7j) Ethik, Religionen, Gemeinschaft (3. Zyklus): Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?

Ein überwiegender Teil der Antwortenden stimmt der Auswahl und dem Aufbau der Kompetenzen nur mit Vorbehalt zu: Lehrpersonenorganisationen (ZLV, VPOD, Sek ZH), Dachverband sozial- und sonderpädagogischer Organisationen, Schulleiterkonferenz Berufsfachschulen, die PH Zürich, zwei Parteien (EDU, SP), die grossen Landeskirchen (evangelisch reformierte Landeskirche, katholische Kirche), die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann, die Kommission Forum Migration und Integration, die Mehrheit der Ämter der Bildungsdirektion (Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Amt für Jugend und Berufsberatung, Volksschulamt) und der Lehrmittelverlag. Klar befürwortet wird die Auswahl der Kompetenzen vom Verband Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLZH), der Kantonalen Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), den Städten Zürich und Winterthur, der HfH Zürich, einem Teil der politischen Parteien (BDP, CVP, FDP, Grüne), der Christkatholischen Kirchgemeinde und der Kontaktgruppe Religionen des Volksschulamtes.

Zwei Lehrerorganisationen (LKV und ZLV) monieren, dass die Auswahl der Kompetenzen und deren Aufbau zu umfassend sowie zu anspruchsvoll formuliert sind. Die Übersicht über die relevanten Kompetenzen wird dadurch unklar.

Die PH Zürich erachtet das Modell Religion und Kultur als fachlich, pädagogisch und didaktisch wertvoller als das neue Konzept Ethik, Religionen, Gemeinschaft.

Die Kommission Forum Migration und Integration verlangt, dass die nicht-religiösen Weltanschauung gleichwertig wie die Religionen behandelt werden sollen.

Die Kontaktgruppe Religionen des Volksschulamtes fordert, dass die unterschiedlichen Zugangsweisen der Bereiche Ethik (Werte- und Normenbildung) und Religionen (religionskundlicher Unterricht) zu beachten sind.

Die EDU weist darauf hin, dass klar zu unterscheiden ist, was Aufgabe der Schule („teaching about“) und was Aufgabe der Erziehungsverantwortlichen und der Religionsgemeinschaften („teaching in“) ist.

EVP und SVP fordern eine verbindliche und prioritäre Thematisierung von jüdisch-christlicher Überlieferungen und der christlichen Festtage.

Nicht einverstanden sind die Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), der Verband Zürcher Privatschulen, die EVP und die SVP. Die LKV moniert, dass „Religion und Kultur“ zu wenig gewichtet und im Lehrplan ungenügend verankert ist.

7k) Ethik, Religionen, Gemeinschaft (3. Zyklus): Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?

Mehr als die Hälfte der Adressaten hat keine Stellungnahme abgegeben.

Eine klare Mehrheit erachtet die Mindestansprüche als angemessen (Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation KEO), Dachverband sozial- und sonderpädagogischer Organisationen, Städte Zürich und Winterthur, Schulleiterkonferenz Berufsfachschulen, HfH Zürich, BDP, Grüne, Christkatholische Kirchgemeinde, Volksschulamt, Lehrmittelverlag, Kontaktgruppe Religionen des Volksschulamtes).



Die Kontaktgruppe Religionen des Volksschulamtes verlangt, dass der Kompetenzaufbau in Bezug auf die säkularen Weltvorstellungen expliziter formuliert wird.

Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) und der VPOD erachten die Mindestansprüche als zu umfassend und zu anspruchsvoll formuliert.

Die EDU weist darauf hin, dass der Lehrplan die verfassungsmässig garantierte Religionsfreiheit von Eltern, Schülern und Lehrpersonen respektieren muss.

Die SVP stuft die Mindestansprüche als ungenügend ein und verlangt die Überarbeitung des gesamten Fachbereichs.

8. Fachbereich Gestalten

8a) *Gestalten*: Sind Sie mit der Einleitung einverstanden?

Die Mehrheit der Konsultationsteilnehmenden hat zu diesem Fachbereich keine Stellung bezogen. 21 Teilnehmende stimmen zu, acht davon mit Vorbehalt. Klar ablehnend äussern sich nur die zwei Parteien EDU und SVP

In unterschiedlicher Ausprägung wird seitens der Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen, der Stadt Winterthur, der PH Zürich, der EDU, der EVP und der SVP kritisiert, die Einleitung sei zu allgemein und unklar formuliert sowie akademisiert und zu kompliziert verfasst. Zudem soll die Sprache (Terminologie) mit den anderen Fachbereichen vereinheitlicht werden.

8b) *Bildnerisches Gestalten*: Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?

Die Mehrheit der Konsultationsteilnehmenden hat zu diesem Fachbereich keine Stellung bezogen. 11 Teilnehmende stimmen voll zu, 7 nur mit Vorbehalt.

Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), der VPOD, die EVP und die SP beurteilen die Auswahl der Kompetenzen als zu anspruchsvoll. Diese Einschätzung wird durch die EDU, die EVP, die SVP und die SP (in verschiedener Ausprägung) ergänzend präzisiert mit der Forderung, die praktischen Kompetenzen stärker zu gewichten.

8c) *Bildnerisches Gestalten*: Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?

Die Mehrheit der Konsultationsteilnehmenden hat zu diesem Fachbereich keine Stellung bezogen. Von zu hohen Mindestansprüchen sprechen die Lehrpersonenkonferenz der Volksschule (LKV), SekZH, CVP und der Verband Zürcher Privatschulen. 7 sind der Meinung, dass die Mindestansprüche in einzelnen Teilen zu hoch sind (u. a. Lehrverbände ZLV und VPOD, PH Zürich und Stadt Winterthur). 6 halten diese für angemessen.

Auf einen quantitativ zu hohen Umfang der Mindestansprüche weisen die PH Zürich und die EVP hin. Die Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), die SekZH und die SP vertreten die Meinung, dass die Mindestansprüche im 1. und 2. Zyklus angemessen, aber im 3. Zyklus zu hoch sind.

Den Standpunkt einer falschen Gewichtung der Mindestansprüche vertreten die Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), der VPOD, die Stadt Winterthur und die SP. Sie sind der Meinung, dass der Fokus auf dem Erwerb von praktischen Fertigkeiten und nicht auf der Reflexion liegen sollte.



8d) *Textiles und technisches Gestalten: Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?*

Der Auswahl und dem Aufbau der Kompetenzen wird mehrheitlich zugestimmt, bzw. mit Vorbehalt zugestimmt.

Nicht damit einverstanden sind die Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), die Sekundarlehrkräfte (SekZH), CVP und EDU.

Die Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV) macht geltend, dass die Zeit zu knapp bemessen ist und somit kaum die Möglichkeit zum Üben besteht. Einige der ausgewählten Kompetenzen sind nicht zu erreichen, da in den Schulen der dafür notwendig Maschinenpark fehlt (Stickcomputer, CNC-Maschine, 3D-Drucker). Gemäss der SekZH kann das Fach nur mit ausgewiesener Ausbildung erteilt werden.

ZLV und VPOD machen darauf aufmerksam, dass bei Auflistungen nicht der Begriff „insbesondere“ sondern „zum Beispiel“ gewählt werden soll. Man könne nicht in die Zukunft blicken und die vorliegenden Aufzählungen könnten daher bald überholt sein.

Die SVP plädiert für die Bezeichnung „Werken und Handarbeit“.

Die EDU äussert sich ablehnend, weil sie das Fach für übertrieben theoretisch und stark überladen hält. Sie will den Fokus auf den Erwerb von handwerklichen Fertigkeiten legen. Für die CVP sind die Kompetenzen unterschiedlich konkretisiert. Verschiedene Bereiche gehören ihrer Meinung nach in den Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft.

8e) *Textiles und technisches Gestalten: Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?*

Mehr als die Hälfte der Konsultationsteilnehmenden bezieht zu dieser Frage keine Stellung. Insbesondere die Organisationen der Arbeitgeber sowie der Berufsschulen äussern sich nicht dazu.

Die beiden Einschätzungen („Mindestansprüche sind zu hoch“ vs. „angemessen“) halten sich zahlenmässig die Waage.

Als angemessen werden sie von einigen Parteien (BDP, Grüne, SVP), der Elternorganisation (KEO), den Städte Zürich und Winterthur, dem Volksschulamt, der HfH und den Zürcher Schulheimen beurteilt. Sämtliche Organisationen der Lehrpersonen (LKV, VPOD, ZLV, SekZH) sowie die SP sind der Meinung, dass die Mindestansprüche allgemein zu hoch sind. Der Verband der Privatschulen, die PH Zürich sowie die CVP betrachten sie in einzelnen Kompetenzen als zu hoch.

Die kritischen Stimmen bemängeln insbesondere, dass die eingeräumte Zeit nicht ausreichend ist, dass vermehrt geübt werden müsse, dass sehr viel theoretisches Wissen anstelle von „sinnlichem Gestalten“ vermittelt wird und dass der (heutige) Ausbildungsstand der Lehrpersonen nicht den Anforderungen entspricht. Wie bereits unter 8d erwähnt, werden für die Umsetzung entsprechende Mittel benötigt (Maschinenpark).

Die EDU fordert eine schmalere Auswahl von Kompetenzen, diese aber mit hohen Anforderungen.

9. Fachbereich Musik

9a) *Musik: Sind Sie mit der Einleitung einverstanden?*

Zu den Fragen im Fachbereich Musik hat ein hoher Anteil (knapp 50%) keine Stellung genommen. Es herrscht eine klare Zustimmung zur Einleitung und es gibt nur wenig Vorbehalte:



Der Lehrpersonenkonferenz der Volksschule (LKV) und den Sekundarlehrkräften (SekZH) fehlt im Bereich „Didaktische Grundsätze“ der Einbezug der Informatik.

Der Schulleiterkonferenz der Berufsfachschulen (KRB) fehlt die musikalische und soziale Bedeutung von Konzert- und Opernbesuchen.

Mit der Einleitung einverstanden sind: Sekundarlehrkräfte SekZH, Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter (VSLZH), Kantonale Elternmitwirkungsorganisation (KEO), Zürcher Schulheime, Stadt Winterthur, Stadt Zürich, PH Zürich, HfH, BDP, CVP, EVP, FDP, Grüne, SP, Volksschulamt.

Nicht einverstanden ist die EDU.

9b) Musik: Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?

Bezüglich Auswahl der Kompetenzen und deren Aufbau überwiegen die „ja mit Vorbehalt“-Antworten. Aufgrund der Rückmeldungen kann aber auch hier tendenziell von Zustimmung ausgegangen werden.

Die Lehrpersonenkonferenz der Volksschule (LKV) ist der Meinung, dass die Anzahl der Kompetenzen reduziert werden muss.

Für die Stadt Winterthur müssten die Kompetenzen Notenlesen, Musiktheorie und Improvisation stärker gewichtet werden.

Für die Parteien SP und EVP sind die angestrebten Kompetenzen mit der aktuellen Lektionenzahl nicht zu bewältigen, SP und SVP bemängeln ausserdem die Theorielastigkeit und verlangen mehr Praxisorientierung.

Mit der Auswahl und Aufbau einverstanden sind: Kantonale Elternmitwirkungsorganisation (KEO), Stadt Zürich, PH Zürich, HfH, BDP, CVP, FDP, Grüne.

Nicht einverstanden ist die SP.

9c) Musik: Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?

Bezüglich der Mindestansprüche halten sich die Gruppierungen „angemessen“ und“ in einzelnen/allgemein zu hoch“ die Waage. Zu beachten ist hier, dass die Lehrerverbände und zahlreiche Parteien die Mindestansprüche zumindest als teilweise zu hoch einstufen.

Die Lehrpersonenverbände (ZLV, VPOD, SekZH), die Kantonale Elternmitwirkungsorganisation (KEO) und die Parteien CVP, EVP, SVP und SP sowie der Gewerkschaftsbund und das Volksschulamt teilen die Überzeugung, dass mit heutigen zeitlichen Ressourcen das Erreichen der Mindestansprüche insbesondere im 3. Zyklus nicht möglich ist.

Die PH Zürich vertritt die Meinung, das Singen und Musizieren im 1. Zyklus noch mehr gewichtet werden sollten.

Die Mindestansprüche als angemessen betrachten: Zürcher Schulheime, Stadt Zürich, Schulleiterkonferenz Berufsfachschulen (KRB), HfH, Grüne, SVP.

Als allgemein zu hoch: Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), Sekundarlehrkräfte (SekZH), SP

Allgemein zu tief: keine Rückmeldung



10. Fachbereich Bewegung und Sport

10a) *Bewegung und Sport*: Sind Sie mit der Einleitung einverstanden?

Zu den drei Fragen im Fachbereich Bewegung und Sport haben rund 50% der Adressaten keine Stellung genommen.

Die Einleitung findet eine klare Zustimmung bei den Verbänden der Lehrpersonen (LKV, ZLV, VPOD, SekZH), den Schulleitungen (VSLZH), der PH Zürich, den Städten Zürich und Winterthur und bei einer Mehrheit der Parteien (BDP, CVP, EVP, FDP, Grüne, SP).

Zwei Lehrpersonenverbände (ZLV, VPOD) betonen, dass Bewegung ein genereller Bestandteil des Schulalltags sein soll.

Die PH Zürich stellt das Kapitel „Schwerpunkte im 1. Zyklus“ in Frage und schlägt für die Darstellung der Pädagogischen Perspektiven ein „Miteinander/Gegeneinander“ anstelle „Miteinander“ vor.

Die SVP erachtet die Einleitung als überflüssig weil zu akademisch, die EDU lehnt sie ohne Argumente ab.

10b) *Bewegung und Sport*: Sind Sie mit der Auswahl der Kompetenzen sowie deren Aufbau einverstanden?

Zu dieser Frage halten sich „ja“ (11) und „ja mit Vorbehalt“ (10) die Waage.

Einverstanden sind Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen (LKV), ZLV, VPOD, Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), Stadt Zürich, PH Zürich, BDP, EVP, Grüne, SP, Volksschulamt.

Die Sekundarlehrkräfte (SekZH), die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), die CVP und die SVP erachten den Fachbereich als überladen. Bewegung im Wasser ist zwar wünschbar, aber nicht in allen Schulgemeinden realisierbar.

10c) *Bewegung und Sport*: Sind die Mindestansprüche angemessen gesetzt?

Die Mindestansprüche werden grundsätzlich als angemessen wahrgenommen (ZLV, VPOD, Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO), Dachverband sozial- und sonderpädagogischer Organisationen, Stadt Winterthur, PH Zürich, BDP, CVP, EVP, Grüne, SVP, SP, Volksschulamt).

Zwei Lehrerorganisationen (LKV und SekZH) und die Kantonale Elternmitwirkungs-Organisation (KEO) wollen, dass die Genderthematik ab dem 2. Zyklus stärker berücksichtigt wird.

Die PH Zürich bemängelt, dass im Bereich Laufen, Springen, Werfen der 3. Stufe der Leistungsgedanke fehlt.

EVP und SVP erachten die Mindestansprüche an der oberen Grenze der Realisierbarkeit.

11. Welche Rückmeldungen sind Ihrer Organisation besonders wichtig? (Bitte maximal 3 Punkte angeben.)

Die Reihenfolge der folgenden Hauptrückmeldungen beruht auf folgender Gewichtung: in erster Priorität nach zentralen Akteuren (Verbände der Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden, PH Zürich) und in zweiter Priorität nach Anzahl Nennungen.

- Die Mindestansprüche des Lehrplans sind generell oder teilweise zu hoch (alle Organisationen der Lehrpersonen, Schulleitungen, CVP, EVP).



- Der Lehrplan ist zu umfangreich (PH Zürich, Eltern, EVP, Mittelschul- und Berufsbildungsamt). Die PH Zürich schlägt eine zusätzliche „Light-Version“ vor.
- Berufliche Orientierung sowie Medien und ICT bedürfen klare zeitliche Vorgaben oder sollen als eigenständige Fachbereiche konzipiert werden. Für die Berufliche Orientierung ist wesentlich mehr Zeit einzuräumen (Lehrpersonen - ohne ZLV, Schulleitungen, CVP, FDP, SVP, Organisationen der Arbeitswelt, Mittelschul- und Berufsbildungsamt).
- Die Themen Deutsch als Zweitsprache und Heimatliche Sprache und Kultur sollen im Lehrplan stärker verankert werden (VPOD, PH Zürich, SP).
- Der sonderpädagogische Bereich muss im Lehrplan berücksichtigt werden bezüglich Kompetenzbeschreibungen und Umgang mit Schülerinnen und Schülern, welche die Mindestanforderung nicht erreichen und/oder besonderen Förderbedarf aufweisen (Städte Zürich und Winterthur, PH Zürich, HfH Zürich, Heilpädagogische Schulen).
- Mit der Einführung des Lehrplans muss eine kompetenzorientierte Beurteilung entwickelt werden (VPOD, Schulleitungen, Stadt Zürich, SP).
- Die Lehrmittelentwicklung mit Blick auf den Lehrplan 21 muss vorangetrieben werden (Lehrpersonen LKV und SekZH, Städte Zürich und Winterthur, CVP).
- Die erste Fremdsprache soll in der 3. Klasse beginnen (VPOD, Grünliberale).
- Die christliche Tradition unserer Gesellschaft muss konkreter verankert werden (EVP, ref. und kath. Kirche).
- Geläufigkeit und Sprachkorrektheit in der Standardsprache müssen stärker gewichtet werden (Lehrpersonen Mittelschulen, Mittelschul- und Berufsbildungsamt), die Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen) sollen fokussiert werden (Schulleiter Mittelschulen, Eltern).
- Auf der Sekundarstufe bedarf es Mindestansprüchen pro Abteilung (Schulverwaltungen, Lehrpersonen Mittelschulen: insbesondere für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler).

12. Haben Sie Anliegen im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Zürich?

Die Reihenfolge der folgenden Rückmeldungen beruht auf folgender Gewichtung: in erster Priorität nach zentralen Akteuren (Verbände der Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden, PH Zürich) und in zweiter Priorität nach Anzahl Nennungen.

Gestaffelte Einführung und Lehrmittel

Das Vorliegen geeigneter Lehrmittel wird für die Einführung als zentral erachtet (Schulleitungen, PH Zürich, Stadt Winterthur, HfH Zürich). Der Lehrmittelverlag betont, dass die neueren Lehrmittel bereits auf Anforderungen des Lehrplans 21 ausgerichtet sind. Die Lehrpersonenverbände LKV, ZLV und VPOD sowie CVP, EVP, SP und Grünliberale halten die Lehrpläneinführung in einem spezifischen Fachbereich nur dann für sinnvoll, wenn die passenden Lehrmittel vorliegen und die Lehrpersonen bereits entsprechend weitergebildet sind. Die Einführung kann bzw. muss unter diesen Bedingungen auch fächerweise und gestaffelt stattfinden.

Weiterbildung

Von verschiedenen Seiten wird angemahnt, seitens des Kantons genügend zeitliche und finanzielle



Ressourcen bereitzustellen für die Weiterbildung der Lehrpersonen. Die Städte Zürich und Winterthur sprechen von einem „Paradigmenwechsel“ im Unterricht. Zudem sollen bei der Einführung die Schulen/Schulteams als Ganze involviert und schon bei der Planung einbezogen werden (PH Zürich). Die Weiterbildungen sind möglichst lokal durchzuführen (Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen LKV), adressatengerecht anzubieten (Stadt Winterthur), dürfen nicht zu Mehrbelastung der Lehrpersonen führen (Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV, VPOD) und sollen in der Unterrichtszeit stattfinden (SekZH). Gewünscht wird eine DVD, die Aufbau und Gebrauch des Lehrplans zeigt (Lehrpersonenkonferenz der Volksschulen LKV). Die Schulleitungen sind zentrale Akteure und müssen entsprechend einbezogen, informiert und frühzeitig weitergebildet werden (Schulleitungen, Stadt Winterthur).

Sonderpädagogisches

Der Umgang mit Lernenden, welche die Mindestanforderungen nicht erreichen, muss geklärt werden (Eltern, Städte Zürich und Winterthur, Grünliberale, HfH Zürich). Der Lehrplan 21 Kanton Zürich soll den sonderpädagogischen Bereich berücksichtigen: Bezüge zum schulischen Standortgespräch und zum ICF, Konzept des Nachteilsausgleichs (HfH Zürich).

Beurteilung

Bei der Einführung des Lehrplans ist dem Thema der (kompetenzorientierten) Beurteilung besondere Beachtung zu schenken (PH Zürich, HfH Zürich, Eltern).

Anderes:

- Nötig ist ein Vergleich des aktuell gültigen mit dem neuen Lehrplan.
- Die Lehrbetriebe sind frühzeitig bezüglich Kompetenzorientierung und Berufliche Orientierung im Lehrplan 21 zu informieren.
- Die erste Fremdsprache soll in der 3. Klasse beginnen (VPOD, Grünliberale).
- Die Anpassung der Treffpunkte für den Übertritt in die Mittelschulen ist als Teil der Lehrplanimplementation vorzusehen (Kommission Mittelschulen).
- Religion und Kultur: Die Ausrichtung des Faches „Religion und Kultur“ soll im Lehrplan 21 Kanton Zürich beibehalten werden (EVP, Kontaktgruppe Religion und Kultur Volksschulamt).

13. Briefkasten Website VSA

Zusammenfassung der Eingänge

Der Briefkasten wurde von Lehrpersonen und Speziallehrpersonen, Eltern und weiteren Einzelpersonen und Organisationen genutzt.

Zahlreiche Stellungnahmen drücken eine grundsätzliche Zustimmung zum Lehrplan und seiner kompetenzorientierten Ausrichtung aus. Die Mehrheit der Rückmeldungen ist jedoch kritischer Natur und legt den Fokus auf Verbesserungspotenzial in unterschiedlichen Bereichen. Vereinzelt wird der Lehrplan Ganzer abgelehnt.

Mehrfach geäußerte Vorbehalte und Bemerkungen, die insbesondere – aber nicht nur – von Lehrpersonen angebracht wurden, sind im Folgenden zusammengestellt:

- Die Mindestansprüche des Lehrplans werden als zu hoch eingeschätzt, insbesondere im Fachbereich Sprachen.



- Der Umfang des Lehrplans ist zu gross.
- Inhaltliches Wissen kommt zu kurz.
- Für Medien und ICT müssen klare Zeitgefässe definiert werden.
- Das Notenzeugnis wird einer kompetenzorientierten Beurteilung nicht gerecht.
- Kompetenzorientierte Lehrmittel müssen bereitstehen. Allenfalls soll der Lehrplan gestaffelt pro Fachbereich eingeführt werden.
- Der unterschiedliche Fremdsprachenunterricht und die weiterhin uneinheitlichen Stundentafeln in den Kantonen stehen einer wirklichen Harmonisierung entgegen.
- Der Englischunterricht soll im Kanton Zürich frühestens ab der 3. Klasse beginnen.
- Der Fachbereich textiles und technisches Gestalten ist zu theoretisch ausgerichtet.
- Deutsch: Das grammatikalische Wissen und Können wird zu wenig gewichtet.
- Generell sollen die „Grundfertigkeiten“ Lesen, Schreiben, Rechnen (und je nach Antwort weitere) stärker priorisiert werden.

Weitere Einzelpersonen und verschiedene Interessengruppen deponierten Rückmeldungen mit eher fach- bzw. interessenspezifischem Fokus. Es werden Verbesserungsvorschläge aus der jeweiligen Optik vorgebracht (u. a. interkulturelle Pädagogik, freie Schulwahl, Freidenker, alte Sprachen, Hauswirtschaft, Mobilfunk, Sexualerziehung).

14. Rücklauf

Von 53 zur Konsultation eingeladenen Organisationen haben 44 eine Stellungnahme abgegeben.

- Das Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich und die kantonale Lehrmittelkommission verzichten auf eine eigene Stellungnahme mit dem Hinweis, dass sich die Professores bzw. Kommissionsmitglieder jeweils in anderen zur Konsultation eingeladenen Organisationen einbringen.
- Die Bildungsplanung (Bildungsdirektion, Generalsekretariat) verzichtet auf eine Stellungnahme.
- Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich schliesst sich vollumfänglich der Stellungnahme des VPOD an.
- Von folgenden Organisationen sind keine Rückmeldungen eingegangen: Konferenz lehrplanorientierter Sonderschulen, Israelitische Cultusgemeinde Zürich, Jüdische Liberale Gemeinde, Hochschulamt Kanton Zürich.